K4-136 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: LAG Drogenpolitik
Beschlussdatum: 03.04.2016

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 136 bis 140:
~~Neue Wege werden wir in der Drogenpolitik gehen. Gerade für junge Menschen müssen wir die Drogenprävention stärken. Aber die strafrechtliche Verfolgung des Cannabis-Konsums halten wir für falsch und faktisch gescheitert. Wir wollen – soweit in Berlin rechtlich möglich – eine Legalisierung des Cannabis-Konsums für Erwachsene. Indem wir den Schwarzmarkt austrocknen stärken wir gleichzeitig den Jugend- und Gesundheitsschutz.~~

Die strafrechtliche Verfolgung der Cannabiskonsument*Innen ist falsch und faktisch gescheitert. Daher werden wir in der Drogenpolitik neue Wege gehen. Gerade für junge Menschen brauchen wir eine deutliche Stärkung der Suchtprävention. Die teure und sinnlose Nulltoleranzzone im Görlitzer Park werden wir aufheben. Wir wollen– einen regulierten Cannabisverkauf für Erwachsene. Indem wir den Schwarzmarkt austrocknen und Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen ausbauen machen wir Jugend-, Gesundheitsschutz und Verbraucher*Innenschutz möglich. Um Gesundheitsrisiken durch Verunreinigungen und Überdosierung zu vermeiden wollen wir Drugchecking. die chemische Analyse von illegalen Drogen, einführen. Suchttherapie und Drogenhilfe sind bedarfsgerecht auszubauen.

Begründung

Der Begriff Drogenprävention wird für generalpräventive Ansätze der Polizei verwendet. Wir hingegen wollen auch Aspekte von Gesundheits- und Sozialpädagogische Ansätze einbeziehen. Der Cannabiskonsum ist bereits jetzt nicht strafbar.

Die teure, nutzlose und verfassungsrechtlich bedenkliche Nulltoleranzzone muss dringend aufgehoben werden. Diese führt nur zu einer Verschiebung des Problems und zu keiner Lösung und sondern ist nur Symbolpolitik und Aktionismus vom Innensenator Henkel.

Drugchecking muss dringend in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden, daher muss es auch im Wahlprogramm erwähnt werden. Die gesundheitlichen Risiken durch die ständig steigende Zahl von Verunreinigungen sind extrem hoch und leicht zu vermeiden. So lassen sich auch Konsumierendengruppen erreichen, zu denen sonst kein Zugang gefunden werden kann. Außerdem sollte sich das Wahlprogramm nicht nur auf Cannabis beschränken, da es auch in anderen bzgl. anderer Drogen Handlungsbedarf besteht. Daher sind auch Suchttherapie und Drogenhilfe im Wahlprogramm zu erwähnen.